Internationale Nachrichten

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **166 (2000)**

Heft 11

PDF erstellt am: **01.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Internationale Nachrichten

DEUTSCHLAND

Der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler demonstrieren Einigkeit

Deutschland und Frankreich waren von Anfang an die Motoren der europäischen Einigung. Vor Übernahme der EU-Präsidentschaft durch Frankreich im Juli 2000 haben die beiden Staatsmänner Chirac und Schröder ihren Willen bekundet, einmütig für die Konzeption und Durchsetzung der notwendigen Reformen der EU zu wirken, ohne Einzelheiten zu nennen. Es ist offensichtlich, dass vor Erweiterung der EU Reformen für die Funktionsfähigkeit und Bezahlbarkeit unabwendbar sind. Das gilt insbesondere für die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsidentität, die die EU befähigen soll, auch ausserhalb der NATO Krisenreaktionseinsätze eigenständig durchzuführen. Auf dem 75. deutsch-französischen Gipfeltreffen wurde zur sicherheits- und rüstungspolitischen Zusammenarbeit beider Länder eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, durch deren Verwirklichung auch die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) entscheidend vorangebracht werden soll. Deutschland legte sich fest, 75 militärische Transportflugzeuge vom Typ Airbus A400M zu beschaffen und mit Frankreich gemeinsam ein unabhängiges europäisches, militärisches Satellitenaufklärungssystem aufzubauen. Deutschland will hierzu ein allwetterfähiges Radar-Satellitensystem (SAR-LUPE) beschaffen. Die Kosten hierfür werden etwa 600 Mio. DM betragen, die auf mehrere Jahre verteilt werden. Frankreich beteiligte sich mit einem optischen Satellitenaufklärungssystem, das schon im Gebrauch ist. Dies soll der Anfang eines europäischen «Aufklärungsverbundes sein, an dem sich andere europäische Partnerländer beteiligen können. Für die EU ist die Fähigkeit zur eigenständigen, von den USA unabhängigen strategischen Aufklärung die Voraussetzung für eine selbstständige Operationsfähigkeit.

So wichtig die deutsch-französische Einigkeit in europäischen Fragen ist, so klar ist es auch, dass die Vorstellungen der beiden Staaten nicht ohne die Zustimmung der anderen Partner verwirklicht werden können. Tp

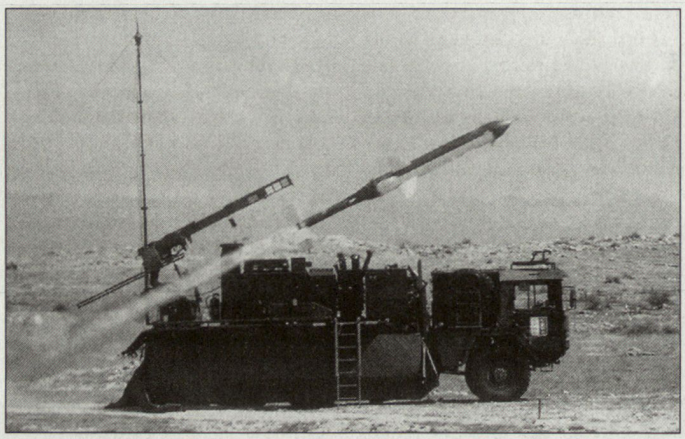
Modernisierung der Aufklärungsdrohne CL-289

Bei den friedenserhaltenden Aufklärungsmissionen des Heeres in Bosnien und im Kosovo hat sich das Drohnensystem CL-289 zum ersten Mal im operationellen Einsatz eindrucksvoll bewährt. Das tief- und schnellfliegende Aufklärungssystem wurde von der Firma Dasa gemeinsam mit Bombardier/Kanada entwickelt und 1992 an die Bundeswehr ausgeliefert. Um den ständig steigenden Informationsbedarf der Truppenführung nachzukommen, plant das Heer eine Kampfwertsteigerung für dieses zurzeit einzige Aufklärungsmittel, das Bilder erzeugt.

Das kampfwertgesteigerte System CL-289 soll im Aufklärungsverbund gemeinsam mit anderen Aufklärungsmitteln zur Krisenbewältigung und Konfliktverhütung der internationalen Staatengemeinschaft der NATO eingesetzt werden. Schwerpunkt der Modernisierung ist die Verwendung einer komplett neuen, voll elektronischen digitalen Sensorik. Diese besteht aus einer hochauflösenden Kamera im visuellen Bereich für den typischen Einsatz bei Tageslicht und einer speziellen Infrarotsensorik für die Verwendung bei Tag und Nacht. Eine SAR-Sensorik schliesst die Lücke in der Aufklärung bei «Schlechtwetter-Bedingungen» für Tag- und Nachtflüge.

Mit der Infrarotsensorik werden überlappende Bilder erzeugt, die eine dreidimensionale Bildauswertung ermöglichen. Damit ist in vielen Fällen ein teilautomatisches Entdecken, Erkennen und Identifizieren von Objekten möglich. Dank der neuen Sensorik entfallen grosse Teile der bisher benötigten Bodenanlagen, sodass auch die Mobilität des Drohnensystems wesentlich erhöht wird. Sämtliche von den Sensoren gewonnenen Aufklärungsinformationen werden an Bord des Flugkörpers digital komprimiert und gespeichert. Dadurch vergrössert sich die aufgeklärte Fläche am Boden erheblich. Ausserdem wird die Missionsdauer durch eine Tankerweiterung für zusätzlichen Treibstoff erhöht. Um die grosse Menge an Informationen auch in kürzester Zeit auswerten zu können, sind geeignete teilautomatische Auswerteverfahren bereits in der Entwicklung.

Durch die geplanten Massnahmen der Kampfwertsteigerung wird das Drohnensystem CL-289 eine Aufklärungsleistung erbringen, wie sie weltweit bisher noch nicht möglich ist. hg



Aufklärungssystem CL-289 im Einsatz bei der deutschen SFOR-Truppe.

Für Soldatinnen keine Beschränkung

Die Bundeswehr bereitet sich auf die Einstellung von freiwillig dienenden Soldatinnen ab Januar 2001 vor. Bisher waren ihnen nur die Bereiche Sanitätsdienst und Militärmusik geöffnet. Derzeit ist ihre Anzahl auf 45 000 Dienstposten beschränkt. In Zukunft stehen ihnen alle Verwendungsreihen offen. Wie viele Frauen sich hierfür melden werden, ist bisher unklar. Für die ab Januar 2001 zu besetzenden Stellen für Unteroffizieranwärter und Mannschaftsdienstgrade hatten sich bis 31. Juli 19 000 Männer und 679 Frauen gemeldet, als Offizieranwärter für die Einstellung zum 1. Juli 2001 1200 Männer und 99 Frauen.

Der Einstellungsbedarf liegt bei 1900. Die Bewerbungsfrist läuft aber erst im März 2001 ab. Für die truppendienstliche Verwendung liegt die Bewerberzahl der Frauen um ein Vielfaches hinter der der Männer. Im Sanitätsdienst ist es umgekehrt: Für 1. Juli 2001 haben sich 207 Männer und 488 Frauen gemeldet. Weil es keine Quote gibt, ist auch nicht sicher, wie viele Frauen hiervon übernommen werden. Entscheidend sind ausschliesslich Eignung und Leistungsvermögen; die Massstäbe sind gleich. Grundsätzlich stehen den Frauen alle Verwendungen zu. Nur zu einer Sonderregelung hat sich Verteidigungsminister Scharping nach einem Gespräch mit Soldatinnen bereitgefunden. Dabei soll vermieden werden, dass in einer Einheit nur eine Frau Dienst tut. Hierdurch soll eine Vereinzelung unterbunden werden. Eine Voraussetzung muss allerdings noch erfüllt werden. Termingerecht sind Soldatengesetz und Soldatenlaufbahnverordnung durch den Bundestag anzupassen. Eine Änderung des Grundgesetzartikels 12a hält die Bundesregierung nicht für erforderlich. Darin wird heute festgestellt: «Sie (die Frauen) dürfen keinen Dienst mit der Waffe leisten.» Art. 12a Abs. 4 wurde bisher vielfach als Verfassungshindernis für den Dienst von Frauen allgemein angesehen. Heute ist man in der Regierung der Ansicht zugeneigt, dieser Artikel beziehe sich lediglich auf die Gruppe, auf die der einschlägige Artikel ausdrücklich hinweist, d. h. auf Frauen, die im Verteidigungsfall durch Gesetz zum Dienst in zivilen Krankenhäusern oder in ortsfesten Lazaretten verpflichtet werden könnten. Dieser Auffassung wird seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes, in dem der Anspruch einer Klägerin auf Gleichstellung von Frauen in der Bundeswehr Anerkennung fand, von keiner Partei widersprochen. Auch hat es keinen Einspruch wegen der Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes in dieser Frage gegeben. Bewähren muss sich der Einsatz von Frauen in den Streitkräften in der Praxis. Die bisherigen Erfahrungen in Streitkräften anderer Staaten wie in vergleichbaren Organisationen in Deutschland (Grenzschutz, Feuerwehr, Polizei) sind eher positiv. Tp

ÖSTERREICH

Truppenabzug aus Zypern – zur Straffung der Auslandeinsätze

Österreich wird seine Truppenpräsenz auf Zypern aufgeben. Gemäss Verteidigungsministerium soll der Rückzug aus Zypern im Rahmen des neuen Konzeptes für die Auslandeinsätze stehen. Künftig solle das Heer in der Lage sein, neben einem Engagement wie dem im Kosovo auch «einen klassischen Peacekeeping-Einsatz zu erfüllen». Dazu kommen humanitäre Einsätze und die Beobachtermissionen, die im gewohnten Ausmass fortgesetzt werden sollen. Diese Neuordnung wurde durch den geplanten Aufbau einer europäischen Eingreiftruppe, der «Rapid Reaction Force», notwendig.

Die Entscheidung, aus Zypern und nicht vom Golan, dem zweiten friedenserhaltenden Einsatz, abzuziehen, ist gemeinsam mit dem Aussenministerium geprüft worden. Denn die Verantwortung liege im Aussenamt, wo man beurteilt hat, dass der Golan der sensiblere Bereich ist und dass dort das österreichische Kontingent nicht so leicht ersetzbar wäre.

In Zypern hingegen sei bereits seit fünf Jahren Ungarn an dem von Österreich geführten Kontingent beteiligt. Von Seiten der Ungarn habe es schon länger den Wunsch gegeben, auch einmal einen Einsatz zu leiten.

Die österreichischen Blauhelme stehen seit 1984 auf Zypern im Einsatz. Ziel eines friedenserhaltenden Einsatzes müsse künftig sein, kurz- oder mittelfristig stabile Zustände in einer Region zu schaffen, um politische Lösungen zu ermöglichen. Ein Einsatz sollte nicht auf unbegrenzter Dauer basieren. hg

Wichtige Fakten zum neuen Militärbefugnisgesetz

Die Beschlussfassung über das so genannte Militärbefugnisgesetz hat in der österreichischen Öffentlichkeit eine breite Diskussion verursacht. Das neue Gesetz reguliert zum ersten Mal umfassend die Aufgaben, Rechte und Pflichten von Wachen, militärischen Nachrichtendiensten und der Luftraumüberwachung. Darüber hinaus wird genau bestimmt, wann und wie Bundesheer und Heeresverwaltung im Einsatzfall zivile Leistungen verpflichtend in Anspruch nehmen dürfen. Aber auch die Rechte der Zivilbevölkerung – etwa auf Kostenersatz, auf Beschwerde und Entschädigung bei Befugnisüberschreitung – werden genau definiert. Dadurch gibt es für jene Organe, die das Gesetz vollziehen, und für die Bürger mehr Sicherheit. Im Weiteren wird erstmals für alle militärischen Organe – einschliesslich der Nachrichtendienste – eine gesetzlich festgehaltene Kontrolle gewährleistet. Somit werden die Aufgaben und Befugnisse, die bisher weitgehend aus der Verfassung abgeleitet waren, besser präzisiert. Dadurch soll den Bediensteten und Soldaten des Bundesheeres mehr Sicherheit im Rahmen ihrer Diensterfüllung geschaffen, andererseits sollen aber allfällige Kompetenzüberschreitungen auch leichter verfolgt werden können.

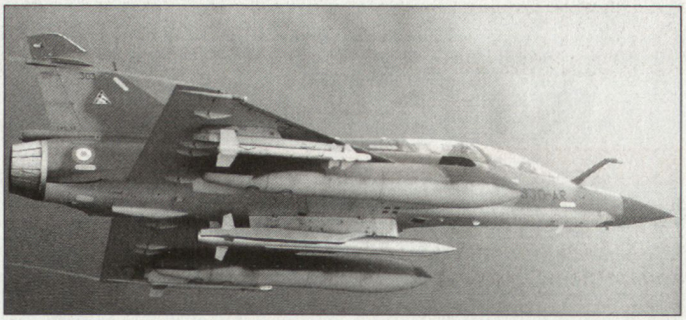
Im Einzelnen regelt das Militärbefugnisgesetz die Aufgaben und Befugnisse:

- von militärischen Organen und Soldaten im Wachdienst,
- der militärischen Nachrichtendienste,
- der militärischen Luftraumüberwachung sowie
- die Inanspruchnahme von zivilen Leistungen,
- die Belange des Rechtsschutzes im Rahmen des Militärbefugnisgesetzes,
- die Aufgaben, Befugnisse und Bestellung des Rechtsschutzbeauftragten,
- von Straf- und Schlussbestimmungen. hg

FRANKREICH

Das strategische Element der französischen Luftstreitkräfte

Gegenwärtig bestehen die strategischen Luftstreitkräfte Frankreichs aus drei Geschwadern mit je 20 Kampfflugzeugen des Typs Mirage 2000N-K2. Die Geschwader Dauphiné und La Fayette haben ihren Stützpunkt in Luxueil, das Geschwader Limousin ist in Istres in der Provence stationiert. Auftrag, Gliederung und Ausrüstung der drei Geschwader sind praktisch identisch, alle stehen neben der nuklearen Abschreckung auch für konventionelle Luftangriffsoperationen zur Verfügung.



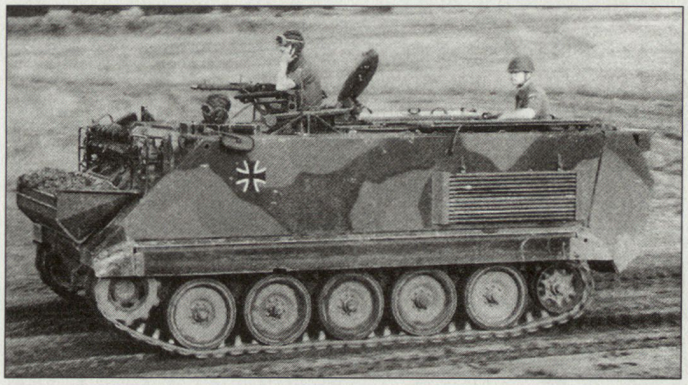
Kampfflugzeug Mirage 2000N-K2 mit nuklearer Abstandswaffe ASMP.

In der atomaren Rolle ist die Mirage 2000N-K2 mit Marschflugkörpern des Typs ASMP bewaffnet. Die mit einem thermonuklearen Gefechtskopf ausgestattete ASMP erreicht eine Fluggeschwindigkeit, die je nach Flughöhe zwischen Mach 2 und 3 liegt. Die maximale Reichweite beträgt 400 km. Die ASMP steht auch als Bewaffnung der Super Etendards der Marineluftwaffe zur Verfügung. Im Jahre 2007 soll den strategischen Streitkräften mit der ASMP-A eine verbesserte Version mit neuem Gefechtskopf und einer auf 500 km gesteigerten Reichweite zugeführt werden. Als Waffenträger soll dannzumal das neue Kampfflugzeug Rafale zur Verfügung stehen. Für die Luftbetankung seiner strategischen Luftstreitkräfte beschaffte Frankreich bereits ab dem Jahre 1964 zwölf Tankerflugzeuge vom Typ KC-135. In der Zwischenzeit wurde diese Tankerflotte zahlenmässig erweitert und kontinuierlich modernisiert. Da der Bedarf an Tankerflugzeugen, nicht zuletzt infolge der zunehmenden Auslandeinsätze, ständig zunimmt und die entsprechende Version aus der neuen Transportflugzeugfamilie A400M noch lange nicht zur Verfügung stehen wird, sucht Frankreich nach Möglichkeiten, weitere KC-135 auf Leasingbasis zu erhalten. hg

LITAUEN

Lieferung von 49 Mannschaftstransportwagen aus Beständen der Bundeswehr

Am 28. August übernahm der stellvertretende Verteidigungsminister Litauens den ersten von 49 Mannschaftstransportwagen aus Beständen der Bundeswehr in Neubrandenburg. Die in der Bundeswehr nicht mehr benutzten leichtgepanzerten Vollkettenfahrzeuge M-113, die aus amerikanischer Produktion stammen, können 11 Soldaten transportieren. Insgesamt besass die Bundeswehr seinerzeit 3600 Fahrzeuge dieses Typs. Litauen beabsichtigt nach Angaben des BMVg, hiermit Streitkräfte für Krisenreaktionseinsätze auszurüsten. Das Neubrandenburger Fahrzeugwerk erhielt hierdurch einen Instandsetzungsauftrag für zirka 2 Mio. DM. 360 Mitarbeiter sind dort beschäftigt. Es ist das grösste Reparaturwerk für Heerestechnik in den neuen Bundesländern. Mit diesem Schützenpanzer wird zum ersten Mal von Deutschland ein leichtgepanzertes Bundeswehrgerät in ein osteuropäisches Land ausgeliefert. Seit 1992 besteht zwischen der Bundesrepublik und Litauen eine Kooperation auf dem Rüstungsgebiet. Tp



Deutsche Schützenpanzer M-113 für Litauen.

USA

Zur Entwicklung des Lockheed Martin Joint Strike Fighter (JSF)

Der X-35A, entwickelt als Demonstrator für ein konventionell startendes und landendes Konzept, wird noch in diesem Jahr zum ersten Mal fliegen. Jüngst erhielt er seinen Anstrich, und er wird vor dem Erstflug noch eine Reihe von Überprüfungen über sich ergehen lassen müssen. Nicht ganz so gut sieht es bei dem Demonstrator für das Konzept eines kurz startenden und senkrecht landenden Flugzeugs aus. Probleme bei der Triebwerkaufhängung haben zu Verzögerungen geführt, sodass dieser Erprobungsträger wohl erst zu Beginn des Jahres 2001 zu seinem Erstflug antreten kann. Diese Programmverzögerungen sind eine erhebliche Belastung für den Hersteller, und sie sind auch nicht im Interesse der Bedarfsträger. Vor allem das U.S. Marine Corps drängt auf ein Einhalten des Zeitplans zur Einführung des neuen Flugzeugs. Anders als die beiden anderen US-Teilstreitkräfte hat das Marine Corps kein alternatives Programm. Und bei den im Dienst befindlichen AV-8B und F/A-18C/D entstehen Lücken. hg

POLEN

Umfangreiches Beschaffungsprogramm für die Streitkräfte

Das neue NATO-Mitglied Polen, das gegenwärtig einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, will in den nächsten Jahren mit einem umfangreichen Rüstungsprogramm die eigenen Streitkräfte auf NATO-Standard bringen. In erster Linie geht es darum, Ausrüstungslücken in der Luftverteidigung sowie bei den für internationale Kriseneinsätze vorgesehenen Truppen zu schliessen. Dafür stehen bis zum Jahre 2006 umgerechnet rund 4 Mia. US-$ (etwa 6,5 Mrd. SFr.) zur Verfügung. Grösster Posten ist die Beschaffung von vorerst 60 Mehrzweckkampfflugzeugen, von denen zu einem späteren Zeitpunkt weitere 90 Maschinen eingeführt werden sollen. Dazu liegen von mehreren europäischen und amerikanischen Firmen Angebote vor. Dringend benötigt werden ferner 36 neue Kampfhelikopter; zur Auswahl stehen diesbezüglich die Typen «Tiger», «Apache», «Mangusta» und «Super Cobra». Nicht mehr beschafft werden soll die eigene polnische Entwicklung «Huzar».

Für das polnische Heer besteht im Weiteren ein Bedarf an mindestens 400 Rad-Schützenpanzern. Dazu liegen Angebote aus Österreich (Pandur) und der Schweiz (Piranha III) vor. Polen zeigt aber auch grosses Interesse an der Neuentwicklung GTK, dem neuen gepanzerten Transport-Kampffahrzeug der Europäer. Gleichzeitig soll das Heer umstrukturiert und mobiler gemacht werden. Dadurch soll kurzfristig mindestens in Teilen die Interoperabilität mit den NATO-Partnerstreitkräften erreicht werden.

Mit einem vorgesehenen Korvetten- und Minenjägerprogramm soll auch die polnische Marine modernisiert werden. Dafür bewirbt sich vor allem die deutsche Werftindustrie. Insgesamt sollen sechs neue Korvetten beschafft werden. Im Bereich von Führung und Übermittlung bewirbt sich Thomsen-CSF für ein neues Fernmeldesystem.

Der Gesamtumfang der polnischen Streitkräfte wird in den kommenden zwei Jahren von heute 250000 auf noch rund 180000 Mann reduziert. hg

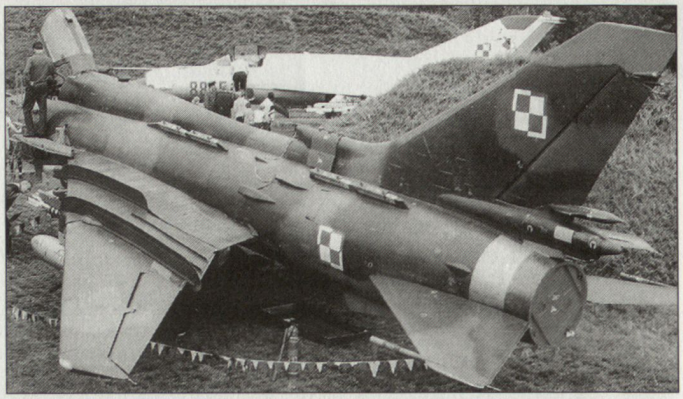
Schwierige Lage bei den polnischen Luftstreitkräften

Gemäss Einschätzung von NATO-Fachleuten ist die polnische Luftwaffe veraltet und befindet sich in einer schwierigen Situation. Der Bestand an Kampfflugzeugen wird im nächsten Jahr nur noch 16 MiG-29 und etwa 80 veraltete Jagdbomber Su-22 umfassen. Die noch im Inventar stehenden MiG-21 und MiG-23 sollen bis dann allesamt ausgemustert sein. Im Weiteren genügt das Ausbildungsniveau noch lange nicht den NATO-Anforderungen; vermutlich dürfte dies mit den jetzigen Mitteln auch nie erreichbar sein.

Im Prinzip ist die rasche Beschaffung eines neuen Mehrzweck-Kampfflugzeuges dringend, doch stehen in Anbetracht noch weiterer zwingender Bedürfnisse die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung. In dieser Situation werden die folgenden Optionen in Betracht gezogen:

- Einführung von etwa 60 westlichen Kampfflugzeugen; dabei kommt nur die billigste Variante, das heisst eine Kombination von Kauf von Gebrauchtflugzeugen und Leasing in Frage. Im Vordergrund stehen dabei amerikanische Typen; am ehesten Leasing/Kauf von F-16, allenfalls auch von wenigen F/A-18.
- Kampfwertsteigerung der vorhandenen MiG-29 und Su-22 verbunden mit der Beschaffung neuer Trainingsflugzeuge; als mögliche Kandidaten stehen der britische «Hawk» und der tschechische L-159 im Vordergrund.
- Vorziehen einer Beschaffung von Transportflugzeugen als dringender Ersatz für die veralteten An-26. Gefordert werden sechs bis acht Flugzeuge, wobei auch hier an Gebrauchtflugzeuge der Typen CASA, C-27J und G222 gedacht wird.

Unterdessen geht die intensive Werbung und Beeinflussung westlicher Flugzeuganbieter (US-Firmen Northrop Grumman und Lockheed Martin, europäische Konzerne BAe und Saab, Eurofighter-Konsortium usw.) unvermittelt weiter. Denn mittelfristig kann eine Modernisierung der polnischen Luftwaffe und die Erreichung der geforderten NATO-Kompatibilität nur über die Beschaffung eines einigermassen leistungsfähigen – wahrscheinlich westlichen – Kampfflugzeuges erreicht werden. hg



Die veralteten polnischen Kampfflugzeuge (Bild: Su-22) können vorderhand nur unzureichend ersetzt werden.

RUSSLAND

Verbesserter Schutz an Geländelastwagen der Ural-Serie

Anlässlich der Rüstungsausstellung «Ural Arms Expo 2000» im vergangenen Juni in Nizhniy Tagil präsentierten die russischen Fahrzeugwerke Ural mit Sitz in Chelyabinsk diverse Prototypen militärischer Geländelastwagen, die mit Zusatzpanzerungen ausgestattet sind. Nebst den standardmässigen Schutzverbesserungen bei Fahrzeugkabine, Motorenraum und im Bodenbereich (Minenschutz) sind auch erstmals Lastwagen mit gepanzerter Ladebrücke, die für Truppentransporte in Kri-

Gepanzerter russischer Geländelastwagen Ural-4320B.

senregionen vorgesehen sind, gezeigt worden. Diese gepanzerten Schutzwände um die Ladebrücke bieten Schutz gegen Beschuss durch Handfeuerwaffen und sind zudem mit Schiessluken versehen. Zusätzlich sind alle diese Typen mit beschusssicheren Reifen ausgerüstet.

Nach den diversen Rückschlägen in Tschetschenien bezeichnet das russische Verteidigungsministerium solche Massnahmen zur Schutzverbesserung als dringend und will die technische Umsetzung mit höchster Priorität vorantreiben. Gemäss Angaben von Werksvertretern der Fahrzeugwerke Ural haben im August dieses Jahres die ersten Truppenversuche mit diversen schutzverbesserten Fahrzeugen begonnen. Als Testfeld dürfte Tschetschenien dienen, wo eine kleine Anzahl dieser Geländelastwagen, vermutlich bei der dort eingesetzten Mot-Schützendivision, im Einsatz stehen sollen. An den Versuchen mitbeteiligt sind auch Spezialisten des russischen Verteidigungsministeriums und des Instituts für Fahrzeugentwicklung. Bereits werden die neu entwickelten Schutzkomponenten durch die russische Rüstungsexportagentur Rosvoorouzhenie auf dem internationalen Rüstungsmarkt angeboten. hg

Programme zur Kampfwertsteigerung des Kampfschützenpanzers BMP-3

Der Kampffahrzeughersteller Kurganmashzavod hat zusammen mit dem russischen Forschungsinstitut für Schutztechnologie diverse Programme zur Kampfwertsteigerung des BMP-3 entwickelt. Der Auftrag für diese Verbesserungen, die primär den Schutzbereich betreffen, sind vom russischen Verteidigungsministerium erteilt worden.

Nebst anderen Varianten stehen gegenwärtig vor allem die folgenden zwei Programme zur Diskussion:

■ Aufbau von Reaktivpanzerung der 2. Generation; dabei werden rund 50 Prozent des Frontbereiches und etwa 85 Prozent der Seitenpartien mit diesen Schutzelementen abgedeckt. Zudem sind der Turmbereich und die obere Frontplatte mit konventionellen Zusatzpanzerungen abgedeckt. Diese Schutzmassnahmen haben Auswirkungen auf die Abmessungen des BMP-3; u.a. wird die Fahrzeugbreite von 3,4 auf 4 m vergrössert. Die Gewichtszunahme beträgt rund 4 t und beträgt bei der verbesserten Version rund 23,5 t.

■ Integration des ursprünglich für Kampfpanzer entwickelten aktiven Schutzsystems «Arena». Das System besteht aus einem Radarsensor, der hinten am Turm aufgebaut ist, und den aktiven Schutzelementen respektive den Abschusselementen für die Splittermunition. Die eigentliche Abwehrzone für anfliegende Granaten und Lenkwaffen liegt dabei im Umkreis von rund 60 bis 80 Meter vom Fahrzeug. Die anfliegenden Panzerabwehrraketen sollen dabei mittels Splitterschutzschirm mechanisch zerstört werden. Der zum Schutzkomplex gehörende Steuerteil ist vermutlich im Feuerleitsystem des Schützenpanzers integriert. Dabei werden die Daten der Flugbahn anfliegender Raketen berechnet und der genaue Zeitpunkt der Auslösung der Abwehrmittel bestimmt. Alle Komponenten des «Arena»-Systems zusammen haben ein Gewicht von rund 850 kg. hg

BMP-3 mit aktivem Schutzsystem «Arena».

Neuausrichtung der eigenen Sicherheitspolitik

In Moskau sind im Verlaufe dieses Jahres zwei neue grundlegende Dokumente der russischen Aussen- und Sicherheitspolitik der Öffentlichkeit vorgelegt worden. Bei dem einen, im Januar 2000 präsentierten Dokument handelt es sich um das «Konzept der Nationalen Sicherheit». Diese Grundlage löst das gleichnamige Konzept vom Dezember 1997 ab. Beim anderen Dokument, das im April 2000 veröffentlicht wurde, handelt es sich um die neue russische Militärdoktrin. Aus beiden Grundlagen ist eine neue russische Haltung gegenüber dem Westen und insbesondere gegenüber der von den USA dominierten NATO herauszulesen. Einerseits wird die NATO-Osterweiterung, die bekanntlich mit der Stationierung von NATO-Truppen nahe den russischen Aussengrenzen verbunden ist, verurteilt und die Militärintervention gegen Jugoslawien als Sündenfall empfunden. Andererseits ist vor allem aus dem Nationalen Sicherheitskonzept klar herauszulesen, dass eine Rückkehr zum Antagonismus des Kalten Krieges keine Alternative mehr darstellt. Russland soll sich vielmehr auf wirtschaftlichem Gebiet erholen und sich voll in die Weltwirtschaft integrieren können, um daraus wirtschaftspolitische Vorteile zu ziehen. Die feststellbare Ambivalenz dürfte auf die in Russland sicher richtig eingeschätzte eigene wirtschaftliche Unterlegenheit gegenüber dem Westen begründet sein. Die momentane eigene militärische Schwäche dürfte denn auch der Grund dafür sein, dass in den neuen Dokumenten den eigenen nuklearen Mitteln wieder eine grössere Bedeutung beigemessen wird. Zudem kommt diese stärkere Betonung des Nuklearpotenzials, inklusive Auflistung der nichtstrategischen Atomwaffen, den patriotischen Gefühlen der russischen Bevölkerung entgegen. Denn in Wirklichkeit stellt heute das immer noch grosse Potenzial an Nuklearwaffen die einzige Trumpfkarte dar, die den Russen aus der einstigen Supermachtstellung der früheren Sowjetunion noch verblieben ist. hg

BMP-3 mit aufgebauter Reaktivpanzerung.

Trotz Reduzierung geniessen die russischen strategischen Raketentruppen (Bild: Topol-M) weiterhin hohe Priorität. ■